



Kai Wegner

Mitglied des Deutschen Bundestages
CDU/CSU-Fraktion

Herrn Bundesfinanzminister
Peer Steinbrück
Bundesministerium der Finanzen (BMF)
Wilhelmstr. 97
10117 Berlin

6. Juni 2007

Neue einkommensteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in der Kindertages- und Vollzeitpflege ab dem 1. Januar 2008

Sehr geehrter Herr Bundesminister Steinbrück,

mit Bestürzung habe ich vernommen, dass Geldleistungen für Kinder in der Kindertages- und Vollzeitpflege ab dem 01. Januar 2008 einkommensteuerpflichtig werden sollen. Das geht aus einer Mitteilung Ihres Hauses zur Besteuerung von Kindertages- und Vollzeitpflege hervor. Durch die einkommensteuerrechtliche Behandlung wird ein Schaden für Familien und betreuungsbedürftige Kinder entstehen, aber auch für die Kommunen (in Berlin für die Bezirke). Darüber hinaus wird sich das ohnehin knappe Angebot für die Versorgung behinderter Kinder in der Vollzeitpflege weiter verschlechtern.

Ab 2008 sollen alle Einnahmen aus der Kindertagespflege, auch bei der öffentlich geförderten Tagespflege, steuerpflichtig werden. Ebenfalls steuerpflichtig sollen ab 2008 die Erstattung der Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung der Aufwendungen zur Rentenversicherung werden.

Was sich zunächst recht harmlos liest, bringt für viele Tagesmütter in der öffentlich geförderten Tageseinzelpflege hohe finanzielle Belastungen mit sich. Da wohl ein Steuerfreibetrag für die Betriebskosten vorgesehen ist, ist es nicht die zu entrichtende Steuer, die den Tagesmüttern Sorgen macht, sondern der Umstand, dass die Tagesmütter damit in die gesetzliche Rentenversicherung rutschen und viele Tagesmütter sich ab 2008 selber krankenversichern müssen. Viele Tagesmütter haben aber z.B. eine private Rentenversicherung abgeschlossen, deren Mindestbeitrag seit einiger Zeit hälftig vom Jugendamt erstattet wird. Auch diese "Einnahme" soll versteuert werden. Es ist nur schwer zu vermitteln, dass der Gesetzgeber die Tagespflege ausbauen will, aber andererseits die Bedingungen für Tagesmütter derart verschlechtert werden sollen.

Etwas anders – aber nicht unproblematischer – stellt sich die Situation in der Vollzeitpflege dar. Hier soll das Erziehungsgeld ab 2008 steuerpflichtig werden, wenn es den Jahresbeitrag von 24.000,- Euro übersteigt. Ebenfalls steuerpflichtig sind bei allen Pflegeeltern ab 2008 die Erstattung der Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung der Aufwendungen zur Rentenversicherung.

Damit die Pflegefamilie das Pflegekind intensiver betreuen kann, wird neben der Pauschale für den Lebensunterhalt ein Erziehungsgeld gezahlt. Für Kinder, die besonders geschädigt sind, wird nach Begutachtung ein erhöhtes Erziehungsgeld gezahlt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Pflegeeltern dem erhöhten Erziehungsbedarf des behinderten Kindes gerecht werden können. Dennoch sind bei Pflegekindern mit erweitertem Förderbedarf Pflegefamilien um ein Vielfaches preiswerter als eine Heimunterbringung.

Für Familien, die mehr als zwei Kinder mit erweitertem Förderbedarf aufgenommen haben, würde durch die geplante Steuerpflicht nun ein Teil des Erziehungsgeldes als Einkommen der Pflegeeltern angerechnet und besteuert werden. Gleiches gilt für Großpflegestellen. Erwerbstätige Ehepartner werden plötzlich zu nebenberuflich Tätigen mit allen arbeitsrechtlichen Folgen. Zudem wird in den meisten Fällen die Mitversicherung der Pflegekinder in den Krankenkassen der Pflegeeltern ausgeschlossen, womit zusätzliche Kosten von den Jugendämtern zu tragen wären.

Es ist zu befürchten, dass damit Pflegeeltern, die häufig „rund um die Uhr“ engagiert eine gesellschaftlich sehr wichtige Aufgabe mit Kindern leisten, in finanzielle Not geraten werden.

Wenn dieses nicht passieren soll, dann braucht es menschliche Unterstützung und Anerkennung, gesellschaftliche Wertschätzung und finanzielle Unterstützung.

Ich möchte Sie bitten, auf die neue einkommensteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in der Kindertages- und Vollzeitpflege ab dem 1. Januar 2008 gänzlich zu verzichten. Denn sonst ist zu befürchten, dass sich immer weniger Menschen bereit finden werden, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen.

In der Hoffnung auf eine positive Antwort verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Kai Wegner